

Antrag

der AfD-Fraktion

2015 darf sich nicht wiederholen – unverantwortliche Kommunikation des Senats sofort einstellen

Das Abgeordnetenhaus möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, unverzüglich jedwede öffentliche Äußerung über die Aufnahmefähigkeit Berlins zu unterlassen, welche in der Türkei aufhältige Migranten veranlassen kann, sich in der Erwartung, in Deutschland und Berlin Aufnahme zu finden, an die türkisch-griechische Grenze zu begeben.

Begründung

Mehrere Mitglieder des Senats einschließlich des Regierenden Bürgermeisters haben mit Blick auf die Migrationskrise an der griechisch-türkischen Grenze geäußert, dass Berlin mehrere tausende vakante Aufnahmeplätze habe. Diese Plätze könnten sofort auch für die Aufnahme der an der Grenze gestrandeten Personen aktiviert werden.

Mit dieser mit der Bundesregierung und der EU unabgestimmten Kommunikation verschärft der Senat bewusst die Krise an der griechischen Grenze. Durch die von ihm geweckte Erwartung der Aufnahme in Deutschland und Berlin droht der Senat den Zustrom an die griechische Grenze weiter zu forcieren. Dies ist völlig unverantwortlich und spielt dem Diktator Erdogan bei seinem Versuch, Deutschland und die EU mittels der Migranten zu erpressen, in die Hände. Gleichzeitig hintertreibt er damit die Bemühungen Griechenlands und der EU, die Außengrenzen zu sichern und einen Kontrollverlust wie 2015 zu vermeiden.

Besonders absurd ist die Bereitschaft des Senats, Personen, die versuchen sich mit brutaler Gewalt Zutritt in die EU zu verschaffen, als „Flüchtlinge“ aufzunehmen. Alle Personen an der Grenze waren in der Türkei längst in Sicherheit und sind daher Migranten und keine Flüchtlinge.

Das Gebot der Stunde besteht in der konsequenten Sicherung der EU-Außengrenze in Kombination mit Hilfe für die Menschen vor Ort in der Türkei und Syrien.

Berlin, den 4. März 2020

Pazderski Hansel Bachmann Weiß
und die übrigen Mitglieder der AfD-Fraktion